

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Oktober 2007

Dr. Ekkehard Rohrer / Markus Russ / Anna Lato

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene 22. - 28. Oktober 2007

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Arbeitsprogramm der Kommission 2008 im Zeichen der Kontinuität

Vorrang genießen weiterhin Wachstum und Beschäftigung im Zeichen der Globalisierung. Wie 2007 sind nur wenig neue Initiativen geplant. Vorgesehen sind ein einheitliches Asylrecht, die Stärkung von Eurojust, eine Rahmenrichtlinie zum Verbraucherschutz und der Schutz von Kindern im Internet. Neu ist eine Richtlinie zur Gleichbehandlung außerhalb des Arbeitsmarktes. Überarbeitet werden die Normen für Europäische Betriebsräte und zum Schutz Schwangerer. Neu sind auch Vorschläge zur Organspende und zu Pharmazeutika. Zu schaffen sei ferner ein Binnenmarkt für den Seeverkehr in der EU. Möglich sind neue Rechtsakte nach Evaluierung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Betont werden Entbürokratisierung und Durchsetzung des bestehenden Gemeinschaftsrechts.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1578&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/index_de.htm

2. Europäisches Parlament für Anhebung des Haushalts 2008

Die Abgeordneten plädierten in erster Lesung für einen „ergebnisorientierten Haushalt“ und hoben die Zahlungen auf 0,99% des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU an. Der Ministerrat hatte den Entwurf der EU-Kommission, der 0,97% des BNE vorsah, auf 0,95% des BNE gekürzt.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/034-12046-295-10-43-905-20071019IPR11938-22-10-2007-2007-false/default_de.htm

3. EP begrüßt Gipfel von Lissabon – EP-Präsident behält Stimmrecht

Die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten hat sich in der Debatte am 23.10. zu den Ergebnissen des Gipfels von Lissabon am 18./19.10. positiv zu dem neuen EU-Vertrag geäußert. Dieser führe zu mehr Demokratie, Transparenz und Handlungsfähigkeit der EU. EP-Präsident Pötering machte nochmals deutlich, dass das Stimmrecht des EP-Präsidenten nie zur Debatte stand und nicht angetastet werde. Das EP werde 751 Sitze zählen. Der portugiesische Premierminister Sócrates sprach von der schnellsten Regierungskonferenz in der Geschichte der EU.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-12035-295-10-43-901-20071019IPR11928-22-10-2007-2007-false/default_de.htm

4. Vorschläge zur Reform der Parlamentsarbeit verabschiedet

Die Konferenz der Präsidenten hat einhellig Empfehlungen der Arbeitsgruppe Reform des Parlaments angenommen, die unter dem Vorsitz von Dagmar Roth-Behrendt (SPE/DE) in einem ersten Bericht Vorschläge für die Arbeiten im Plenum vorgelegt hatte. Die erste Reihe von Maßnahmen betrifft fünf Bereiche: die Planung der Tagesordnung und die Struktur der Plenarsitzungen; das Festlegen von Prioritäten und das Format bestimmter jährlicher Debatten; die Organisation der Debatten, die Organisation der Abstimmungen und das Verfahren mit Änderungsanträgen; gleichzeitig stattfindende Sitzungen und den Sitzplan in der Kammer.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-12532-295-10-43-901-20071025IPR12529-22-10-2007-2007-false/default_de.htm

5. Sitzungsprotokolle von EP-Plenum weiterhin in allen Amtssprachen

Die Abgeordneten sprachen sich mit großer Mehrheit (586:94, bei 17 Enthaltungen) für einen ausführlichen Sitzungsbericht und eine audiovisuelle Aufzeichnung der Beratungen sowie eine Wiedergabe im Internet aus.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/009-12161-295-10-43-901-20071023IPR12116-22-10-2007-2007-false/default_de.htm

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Gute Stimmung- kaum Fortschritte bei EU-Russland-Gipfel

Der portugiesische Premierminister José Sócrates konnte im Wesentlichen nur eine Bestandsaufnahme der bisherigen Zusammenarbeit vermelden. Er lobte aber den freundlichen und offenen Charakter des Treffens vom 26.10. in Mafra (Portugal). Beide Seiten bekannten sich in der Außenpolitik zu einem effektiven Multilateralismus. Sie anerkannten auch die Notwendigkeit des Dialogs über Investitionen und über ein Frühwarnsystem für Energielieferungen.

http://www.eu2007.pt:80/UE/vEN/Noticias_Documentos/20071026RUSSIACOM.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1603&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Microsoft kommt EU-Auflagen nach – Programmcode geöffnet

Der Inhaber des Monopols für Windows, das auf 95% aller PCs weltweit läuft, erklärte, nicht gegen die Verurteilung durch das Gericht erster Instanz zu einer Buße von 497 Mio. EUR vorzugehen und auch den Forderungen auf Weitergabe technischer Informationen nachzukommen, die Wettbewerbskommissarin Kroes mit einer weiteren Buße in Höhe von 280.5 Mio. EUR belegt hatte. Opensource-Entwickler, die einzige Konkurrenz auf dem zu 70% von Microsoft beherrschten Markt für Firmenrechner-Software, erhalten nunmehr für 10.000 EUR Zugang zu den Schnittstelleninformationen, der ihnen bisher verweigert worden ist. Kommerzielle Unternehmen können eine Lizenz für die zugrunde liegenden Patente von Microsoft gegen eine Umsatzbeteiligung in Höhe von nur noch 0.4% (bisher 5.95%) erwerben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1567&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. Parlament begrüßt Fortschritte der Türkei und fordert Nachbesserungen

In einer Resolution anerkennen die Abgeordneten die Fortschritte und Reformanstrengungen der Türkei. Allerdings gebe es noch in vielen Bereichen Handlungsbedarf. Die Gewährleistung von Meinungs- und Pressefreiheit müsse "absolute Priorität" haben. In der Zypernfrage müssten beide Parteien eine konstruktive Haltung einnehmen. Zutiefst besorgt äußert sich das EP über mögliche Militäraktion türkischer Truppen im Nordirak.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/030-12154-295-10-43-903-20071023IPR12108-22-10-2007-2007-false/default_de.htm

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0472+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

4. Zusammenarbeit im EWR bei Nahrungsmittelsicherheit modifiziert

Der Rat nahm drei Entscheidungsvorschläge zur Vorlage im Gemischten Ausschuss EU-EWR an. Diese betreffen die Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden, die Beteiligung der EWR/EFTA-Länder an der Europäischen Nahrungsmittelagentur und eine Entscheidung zu Sonderbestimmungen für Island hinsichtlich der Beteiligung an der Nahrungsmittelagentur.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/07/st12/st12022.en07.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/07/st12/st12720.en07.pdf>

5. EU und Europarat für verschärfte Sanktionen bei Doping im Sport

Beim Treffen der portugiesischen Ratspräsidentschaft mit dem Europarat auf einer auf einer Paneuropäischen Konferenz zur Bekämpfung von Doping im Sport am 24.10. in Lissabon forderten beide Seiten den Beitritt aller Staaten zur Anti-Doping-Konvention der UNESCO bis 01.01.2009 und sprachen sich dafür aus, dass diejenigen welche die Anforderungen dieser Konvention nicht erfüllen von Olympischen Spielen, Weltmeisterschaften und anderen internationalen Begegnungen ausgeschlossen werden sollten.

[http://www.eu2007.pt/NR/rdonlyres/9B26D6E8-5F6D-400E-B73B-](http://www.eu2007.pt/NR/rdonlyres/9B26D6E8-5F6D-400E-B73B-E2461D5A25BB/0/draftconclusionsLisbon_final.pdf)

[E2461D5A25BB/0/draftconclusionsLisbon_final.pdf](http://www.eu2007.pt/NR/rdonlyres/9B26D6E8-5F6D-400E-B73B-E2461D5A25BB/0/draftconclusionsLisbon_final.pdf)

6. Internationales Verbot für Streubomben gefordert

Das Europäische Parlament fordert ein umfassendes Verbot der Verwendung, Herstellung, Weitergabe und Lagerung von Streumunition. Selbst modernste Streumunition habe eine "unvertretbar hohe Blindgängerquote" und stelle eine hohe Gefahr für die Bevölkerung dar. Das EP verlangt, dass EU-Streitkräfte unter keinen Umständen Streumunition einsetzen sollen bis ein internationales Übereinkommen ausgehandelt wurde.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/028-12353-295-10-43-903-20071024IPR12335-22-10-2007-2007-false/default_de.htm

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0484+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

b) Außenhandel

1. Kommission will Abkommen gegen Produkt- und Markenpiraterie

Die Europäische Kommission hat am 23.10. angekündigt, dass sie die EU-Mitgliedstaaten um ein Mandat ersuchen wird, um mit wichtigen Handelspartnern, u. a. den USA, Japan und Korea, über ein neues Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (Anti-Counterfeiting Trade Agreement - ACTA) zu verhandeln.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1573&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[Global Europe and IPR protection](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1573&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en)

2. Russland drittgrößter Handelspartner der EU27

Russland ist der drittgrößte Handelspartner der EU27, nach den USA und China. Im Jahr 2006, entfielen 6,2% der Exporte aus der EU27 und 10,4% der Importe in die EU27 auf Russland, gegenüber 2,7% bzw. 6,4% im Jahr 2000. Das Defizit der EU27 im Handel mit Russland stieg von 41,0 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf 69 Mrd. im Jahr 2006. Dieses höhere Defizit ist vor allem auf Importe im Bereich Energie zurückzuführen, die von 36 Mrd. im Jahr 2000 auf 94 Mrd. im Jahr 2006 zunahmen, während Exporte von Maschinen und Fahrzeugen von 8 Mrd. im Jahr 2000 auf 34 Mrd. im Jahr 2006 stiegen. 42% der EU27-Erdgaseinfuhren stammen aus Russland.

Von den Mitgliedstaaten der EU27 war Deutschland im Jahr 2006 mit 23 Mrd. Euro oder 32% der Gesamtausfuhren der bei weitem größte Exporteur nach Russland, und mit 29 Mrd. oder 21% auch der wichtigste Importeur.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/07/145&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. Ländliche Entwicklungsprogramme für drei Bundesländer (BW, TH, RP)

Am 25.10. hat der Ausschuss für die Entwicklung des ländlichen Raums der EU die die Programme für Baden-Württemberg mit 1,266 Mrd. öffentliche Mittel, davon 611 Mio. EUR aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), für Thüringen mit 894 Mio. EUR (davon 693 aus dem ELER) und für Rheinland-Pfalz mit 487 Mio. EUR (davon 245 Mio. EUR aus dem ELER) gebilligt. Die Kommission wird diese Programme in den nächsten Wochen förmlich annehmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1604&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/agriculture/rurdev/index_de.htm

2. Warnung vor den humanitären Auswirkungen des Klimawandels

Louis Michel, EU-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe, und Josette Sheeran, Exekutiv-Direktorin des Welternährungsprogramms (WFP), wiesen auf der Sitzung des Exekutivrats des WFP am 24.10. gemeinsam darauf hin, dass der Klimawandel zunehmend eine Bedrohung für die Bemühungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe darstellt. Louis Michel sagte hierzu: „Die jüngste Häufung wetterbedingter Katastrophen in der ganzen Welt sind alarmierend. Die humanitären Hilfsorganisationen kommen bei ihren Bemühungen, die Grundbedürfnisse der von diesen Katastrophen betroffenen Bevölkerung zu versorgen, zunehmend unter Druck.“

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1593&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/echo/index_en.htm

3. Perspektiven für die künftige Partnerschaft EU - Afrika

Das Europäische Parlament fordert "politische Perspektiven und praktische Konzepte für die künftige Partnerschaft der EU und Afrika". Die Ziele seien klar definiert: eine politische Partnerschaft sowie die fortgesetzte Förderung von Frieden, Sicherheit, nachhaltiger Entwicklung und Menschenrechten. Entscheidend sei ferner die regionale und kontinentale Integration in Afrika zur Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/028-12350-295-10-43-903-20071024IPR12334-22-10-2007-2007-false/default_de.htm

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0483+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

4. Kritik in EP an Lage der Menschenrechte in Iran, Pakistan und Sudan

Die Abgeordneten äußerten sich kritisch zur Verschlechterung der Lage der Menschenrechte im Iran, forderten die Wiederherstellung der Demokratie in Pakistan und verurteilten die Tötung von 10 Soldaten der Friedenstruppe der Afrikanischen Union in Darfur.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/015-12363-295-10-43-902-20071024IPR12341-22-10-2007-2007-false/default_de.htm

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Blue Card für hoch qualifizierte Einwanderer – mehr Rechte für Drittstaatler

Nach dem Vorschlag der EU-Kommission obliegt es den Mitgliedstaaten, Qualifikationsanforderungen und ein Mindesteinkommen für EU Blue Card-Inhaber festzulegen, das mindestens dem dreifachen Bruttomindestlohn entspricht (bei Bewerbern unter 30 Jahren

2/3). Eine Begrenzung der Migration nach Arbeitsmarktlage und ein Vorrang für EU-Bürger sind möglich. Die Zulassung erfolgt zunächst für 2 Jahre, danach haben die Inhaber Zugang zu hochqualifizierten Tätigkeiten wie Einheimische und auch das Recht auf Zugang zum Arbeitsmarkt von anderen Mitgliedstaaten, allerdings nur nach deren Zulassungsbedingungen. Nach einem weiteren Vorschlag sollen legal Berufstätige aus Drittstaaten mit Einheimischen gleichbehandelt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1575&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0637de01.pdf

2. Kommission schlägt Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit vor

Gestützt auf eine Eurobarometer-Umfrage wonach in der EU 5 % der Beschäftigten bar ausgezahlte, nicht erklärte Löhne erhalten (DE: 3%, AT: 7%) und 11% Güter oder Dienste von Schwarzarbeitern erwerben (DE: 6%, AT: 17%) schlägt sie vor, den Hauptursachen „Belastung der Arbeit“ und „Bürokratie“ durch Verringerung der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und durch Reduzierung des Verwaltungsaufwands für Selbständige und KMUs zu begegnen. Zu überprüfen sei auch die mangelnde Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern in den meisten EU-Mitgliedstaaten, da hierdurch die Schwarzarbeit verstärkt worden sei.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1583&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/employment_social/news/2007/oct/undeclared_work_en.pdf

3. Europäisches Parlament verabschiedet drittes Eisenbahnpaket

Nach dem Rat billigte auch das EP die Ergebnisse des Vermittlungsverfahrens zur Öffnung des Schienenpersonenverkehrs, zur europäischen Triebführerlizenz und zu den Rechten der Eisenbahnpassagiere.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-12197-296-10-43-910-20071023IPR12196-23-10-2007-2007-false/default_de.htm

4. Kommission präsentiert Themen zur Fortentwicklung des Arbeitsrechts

Als erstes Ergebnis der Anhörung zum Grünbuch für ein moderneres Arbeitsrecht greift sie die folgenden Themen auf:

- Prävention und Bekämpfung von Schwarzarbeit, besonders in grenzüberschreitenden Fällen;
- Förderung, Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Fortbildung und lebenslanges Lernen zur Schaffung von mehr Beschäftigungssicherheit im Verlauf des gesamten Arbeitslebens;
- Interaktion zwischen Arbeits- und Sozialrecht zur Unterstützung reibungsloser Beschäftigungsübergänge und nachhaltiger Systeme der sozialen Sicherheit;
- Klarstellung des Wesens von Beschäftigungsverhältnissen zur Förderung eines besseren Verständnisses und zur Erleichterung der EU-weiten Zusammenarbeit;
- Klarstellung der Rechte und Pflichten der Beteiligten bei Untervergabeketten, damit Arbeitnehmer nicht daran gehindert werden können, effektiv Gebrauch von ihren Rechten zu machen.

Kommissar Vladimír Špidla erklärte ferner: „Die Anhörung hat gezeigt, dass viele Interessenträger die noch offenen Reformkapitel erfolgreich zum Abschluss bringen und dann erst neue Aufgaben in Angriff nehmen wollen“.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1584&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/employment_social/news/2007/oct/labour_law_en.pdf

b) Gesundheit

1. Weißbuch für gesundheitspolitische Strategie der EU für 2008-2013

Die Europäische Kommission hat am 24.10. eine gesundheitspolitische Strategie angenommen, die neue Maßnahmen vorsieht, die unter anderem darauf abzielen, die Abwehr von Gesundheitsgefahren in der EU zu stärken, die Prävention und die Früherkennung von Krebs zu erhöhen und die Bürger mit den Instrumenten auszustatten, die sie benötigen, um aufgeklärte Entscheidungen über ihre Gesundheit treffen zu können. Konkrete Ziele sind:

- Verbesserung der Gesundheit in einem alternden Europa durch lebenslange Gesundheitsförderung;
- Schutz der Bürger vor Gesundheitsgefahren, einschließlich übertragbaren Krankheiten und Bioterrorismus, sowie Patientensicherheit und
- Unterstützung dynamischer Gesundheitssysteme und neuer Technologien.

Das Weißbuch nennt außerdem eine Reihe sektorübergreifender Grundsätze wie Solidarität, Beteiligung der Bürger an der politischen Entscheidungsfindung und die Notwendigkeit, Benachteiligungen im Gesundheitswesen abzubauen, Investitionen ins Gesundheitswesen zu fördern, die Gesundheitsbelange in alle Politikbereiche einzubeziehen und die Mitsprache der EU in globalen Gesundheitsfragen zu stärken.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1571&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/health/ph_overview/strategy/health_strategy_de.htm

2. EP fordert uneingeschränktes Rauchverbot in allen Arbeitsstätten

Jährlich sterben in der EU mindestens 650.000 Menschen an den Folgen des Rauchens, darunter allein 80.000 an Passivrauchen. Das Europäische Parlament fordert daher, "innerhalb von zwei Jahren ein uneingeschränktes Rauchverbot in sämtlichen geschlossenen Arbeitsstätten, einschließlich der Gastronomie" einzuführen. Besonders Kinder, Jugendliche und Schwangere müssten geschützt werden. Auch ein EU-weiter Mindeststeuersatz auf Tabakerzeugnisse müsse geprüft werden.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/066-12157-295-10-43-911-20071023IPR12111-22-10-2007-2007-true/default_de.htm

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0471+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

3. Kommission schützt Magnetresonanztomographie

Die Europäische Kommission hat am 26.10. vorgeschlagen, die Frist für die Einführung von Rechtsvorschriften über die Exposition von Arbeitnehmern gegenüber elektromagnetischen Feldern um vier Jahre – d. h. bis 30. April 2012 – zu verlängern; diese Vorschriften hätten sich auf den Einsatz von Technologien wie etwa der Magnetresonanztomographie (MRT) auswirken können. In dieser Zeit soll den jüngsten Forschungsergebnissen zu den möglichen Auswirkungen der Expositionsgrenzwerte auf die MRT Rechnung getragen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1610&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/employment_social/health_safety

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

1. Maßnahmen gegen Preisanstieg für Nahrungsmittel ergreifen

Das Europäische Parlament äußert sich besorgt über den Anstieg der Futter- und Lebensmittelpreise und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die "Unterschiede zwischen den Erzeugerpreisen und den von den größten Einzelhandelsketten geforderten Preise

zu untersuchen". Auch eine sofortige und zeitlich befristete Erhöhung der Milchquoten sei nötig, um die Preise zu stabilisieren

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/063-12344-295-10-43-911-20071024IPR12330-22-10-2007-2007-false/default_de.htm

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0480+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Ausländische Zusatzbezeichnungen für Weine aus Deutschland zulässig

Zu diesem Ergebnis kam Generalanwältin Verica Trstenjak in ihren Schlussfolgerungen vor dem Europäischen Gerichtshof im Rechtsstreit zwischen dem Winzer Schneider und dem Land Rheinland-Pfalz um die Benutzung der Begriffe „Réserve“ und „Grande Réserve“ bzw. „Reserve“ und „Privat-Reserve“. Grundsätzlich sei die in Frankreich nicht geschützte zusätzliche Bezeichnung „Réserve“ zulässig wenn nicht eine konkrete Irreführungsgefahr nachgewiesen wird oder eine ausdrückliche Bestimmung die Verwendung verbietet. Der Gebrauch traditioneller Begriffe dürfe nur in der Sprache in der sie geschützt sind, nicht aber bei Übersetzungen untersagt werden. Allerdings sei der deutsche Ausdruck Reserve bereits für österreichische Weine registriert. Die Benutzung der abgeleiteten Begriffe (z. B. Privatreserve) sowie Übersetzungen (z. B. Réserve in der französischen Sprache) werde jedoch nicht von Art. 24 Abs. 4 Unterabs. 2 der Verordnung Nr. 753/2002 verboten.

<http://curia.europa.eu/juris/cgi-bin/form.pl?lang=de>

3. Kommission genehmigt Genmais und Genzuckerrübe

Dies betrifft drei Genmaissorten (1507xNK603; NK603 x MON810; and 59122 Herculex RW) für Import und Verarbeitung zu Futtermitteln und eine Genzuckerrübe (H7-1) für Nahrungs- und Futtermittel.

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm

b) Landwirtschaft

1. Agrarmarktordnungen zusammengefasst und vereinfacht

Der Rat beschloss eine Verordnung über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte, landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) durch welche die bestehenden 21 OGM und 23 Sondervorschriften (etwa für Äthylalkohol aus der Landwirtschaft, Imkerei und Seidenraupenzucht) unter Verzicht auf detaillierte Regelungen zusammengefasst werden.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st10/st10059.de07.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st10/st10883.de07.pdf>

2. Beihilfen pro Hektar Energiepflanzen gesenkt

Der Verwaltungsausschuss für Direktzahlungen hat am 17.10. einvernehmlich einen Vorschlag der Europäischen Kommission gebilligt, die Beihilfe von 45 EUR pro Hektar nur für etwas mehr als 70% der Flächen, für die die Beihilfen beantragt worden sind zu gewähren, da ansonsten die im Haushalt vorgesehenen 90 Mio. EUR, die auf 2 Mio. Hektar ausgelegt sind, angesichts einer Flächenausweitung auf 2.84 Mio. Hektar nicht ausgereicht hätten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1528&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Reform des Weinmarktes weiterhin umstritten

Bei einer Orientierungsdebatte auf der Grundlage eines Fragebogens der Präsidentschaft sprachen sich im EU-Agrarministerrat die meisten Delegationen für einen nationalen Finanzrahmen aus den entkoppelten Beihilfen und für eine Erweiterung des Maßnahmenkatalogs aus. Die meisten Delegationen waren aber gegen eine Übertragung von Mitteln aus der ersten in die zweite Säule und gegen ein Verbot der Saccharoseanreicherung. Mehrere Delegationen plädierten auch für eine Beibehaltung der Bezeichnung „Wein“ für Erzeugnisse aus Obst wie z.B.

Äpfelwein. Unterschiedliche Ansichten wurden zur Höhe und zur Dauer der Rodungsprämien (fünf Jahre oder weniger) geäußert. Die Kommission zeigte sich flexibel zur Dauer der Prämien und zu und zum Umfang von 200.000 ha.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st13/st13883.de07.pdf>

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/agricult/96780.pdf

c) Fischerei

1. Fangquoten für Kabeljau in Ostsee reduziert

Die EU-Fischereiminister beschlossen eine Verringerung um 5% auf 38.765 Tonnen mit Reduzierung der Fangtage um 20% auf 178 Tage im östlichen und um 28% auf 19.221 Tonnen mit Reduzierung der Fangtage um 10% auf 223 Tage im westlichen Teil. Die Kommission begrüßte dieses Ergebnis und zeigte sich flexibel hinsichtlich der Rückerstattungen für Quotenüberschreitungen von Polen.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/agricult/96780.pdf

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1595&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Spanien will Ersatz für Quotenausfall bei rotem Thunfisch

Unterstützt von Griechenland, Zypern und Malta bemängelte Spanien, dass die Kommission am 19.09. die Fangsaison geschlossen habe nachdem andere Staaten ihre Quoten überzogen hatten, während Spanien seinen Anteil noch nicht ausgeschöpft hatte. Es beantragte daher einen entsprechenden Ausgleich im kommenden Jahr. Die Kommission verwies auf Vertragsverletzungsverfahren gegen sieben Mitgliedstaaten wegen fehlender Datenübermittlung und gegen zwei Mitgliedstaaten wegen des Verdachts der Quotenüberschreitung.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/agricult/96780.pdf

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

1. Keine Beschränkungen mehr für Porsche beim VW-Konzern

Wie erwartet entschied der Europäische Gerichtshof, dass das Recht der Bundesrepublik und des Landes Niedersachsen nach dem VW-Gesetz, je zwei Mitglieder in den Aufsichtsrat des Unternehmens zu entsenden, die Begrenzung der Stimmrechtsausübung auf 20 % des Grundkapitals, wenn der Anteil eines Aktionärs diesen Prozentsatz übersteigt und die Erhöhung der Mehrheit, die für die Beschlüsse der Aktionärshauptversammlung, die nach dem Aktiengesetz nur einer Mehrheit von 75 % bedürfen, erforderlich ist, auf 80 % des vertretenen Grundkapitals als Verstoß gegen den Grundsatz des freien Kapitalverkehrs europarechtswidrig sind, da sie geeignet sind, Kapitalinvestoren abzuschrecken und da die Bundesrepublik keine durchschlagenden Gründe für diese Sonderbestimmungen vorgetragen habe.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-112/05>

2. Eigentumsvorschriften für Abschlussprüfungsgesellschaften kein Tabu

Nach einer Studie der EU-Kommission könnten Änderungen der Eigentumsvorschriften für Abschlussprüfungsgesellschaften zu einer Steigerung der internationalen Teilnehmer auf dem Markt für Abschlussprüfungen beitragen. Derzeit schreibt die europäische Richtlinie über die Abschlussprüfung vor, dass Abschlussprüfer eine Mehrheit der Stimmrechte an einer Prüfungsgesellschaft halten und den Verwaltungsrat kontrollieren müssen. Die Analyse der Beschlussfassungsprozesse in großen Prüfungsgesellschaften habe jedoch ergeben, dass alternative Eigentumsstrukturen die Unabhängigkeit der Abschlussprüfer in der Praxis kaum beeinträchtigen dürften. Spezifische Interessenkonflikte könnten durch die Einführung angemessener Schutzmaßnahmen behoben werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1570&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/internal_market/auditing/market/index_de.htm

3. Fusion und Spaltung von Aktiengesellschaften ohne Sachverständigen

Zum Abbau von überflüssigem Verwaltungsaufwand verabschiedete der Rat in erster Lesung, nach Abstimmung mit dem Europäischen Parlament, eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinien 78/855/EWG und 82/891/EWG hinsichtlich des Erfordernisses der Erstellung eines Berichts durch einen unabhängigen Sachverständigen anlässlich der Verschmelzung oder der Spaltung von Aktiengesellschaften wonach weder die Prüfung des Verschmelzungsplans noch die Erstellung eines Sachverständigenberichts erforderlich sind, wenn alle Aktionäre und Inhaber anderer mit einem Stimmrecht verbundener Wertpapiere aller an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften darauf verzichtet haben.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st03/st03641.de07.pdf>
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/agricult/96780.pdf

b) Steuern

1. EP für "koordinierten steuerlichen Rahmen" in Europa

Das Europäische Parlament hat sich für einen "koordinierten steuerlichen Rahmen" in Europa, einschließlich Regelungen für die Körperschaftsteuer, ausgesprochen. Steueranreize für Unternehmen seien das "wichtigste Instrument für die Entwicklung und die Steigerung der Zahl von Arbeitsplätzen", aber auch für mehr Investitionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie umweltfreundliche Technologien.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-12160-295-10-43-907-20071023IPR12115-22-10-2007-2007-false/default_de.htm
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0470+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Steuervorschriften behindern nachbörsliche Prozesse in der EU

Die europäische Sachverständigengruppe für Fragen der Einhaltung der Steuervorschriften („Fiscal Compliance Group“/ FISCO) hat einen Bericht vorgelegt, in dem Lösungen für die Beseitigung von Hemmnissen hinsichtlich der Einhaltung der Steuervorschriften beim Clearing und bei der Abrechnung grenzübergreifender Wertpapiergeschäfte, auch bekannt als "nachbörsliche Prozesse", unterbreitet werden. Deshalb wird ein EU-Steuererleichterungsverfahren vorgeschlagen, das sich auf ein Modell stützen sollte, das die Anwendung der angemessenen Steuererleichterung an der Quelle ohne die Anforderung zahlreicher Unterlagen und ohne die Exponierung von Emittenten, Intermediären und Anlegern gegenüber unnötigen Risiken und Kosten gestattet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1569&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://europa.eu.int/comm/internal_market/financial-markets/clearing/compliance_en.htm

c) Wettbewerbsrecht

1. Leitlinien zur schnelleren Rückforderung staatlicher Beihilfen

Die Europäische Kommission hat eine Mitteilung über die Umsetzung von Entscheidungen angenommen, mit denen die Mitgliedstaaten angewiesen werden, rechtswidrige und mit dem Binnenmarkt unvereinbare staatliche Beihilfen zurückzufordern. Die Kommission erinnert an die durch die Rechtsprechung der Gemeinschaftsgerichte bestätigten Grundsätze für die Rückforderung staatlicher Beihilfen und legt die Aufgabenverteilung zwischen Kommission und Mitgliedstaaten im Rückforderungsverfahren fest.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1609&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/comm/competition/state_aid/legislation/rules.cfm

2. Konsultation zum Verständigungsverfahren in Kartellsachen

Die EU-Kommission konsultiert bis 21.12. die Öffentlichkeit zu ihren Vorschlägen über Verständigungsverfahren in Kartellsachen, in denen die beteiligten Unternehmen ihre Mitwirkung an einem Kartell und ihre Haftung anerkennen und sich mit einem beschleunigten, vereinfachten Verfahren einverstanden zeigen. Mit einer Verständigung könnten Verwaltungsverfahren abgekürzt und die Zahl der Rechtsstreitigkeiten in Kartellsachen vermindert werden. Dem Vorschlag zufolge würde die Kommission die Geldbußen gegen Unternehmen herabsetzen, die mit einer Verständigung einverstanden sind. Diese Initiative ergänzt die Reformen der Kronzeugenregelung ([IP/06/1705](#)) und der Geldbußen-Leitlinien ([IP/06/857](#)).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1608&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/comm/competition/cartels/legislation/settlements.html>

3. Unbeschränkte staatliche Bürgschaft für französische Post überprüft

Die Kommission hat ein förmliches Verfahren zur Prüfung der unbeschränkten staatlichen Bürgschaft Frankreichs zugunsten von La Poste eingeleitet. Die Bürgschaft ergibt sich aus dem Status von La Poste als einer öffentlichen Industrie- und Handelsunternehmen (EPIC) gleichgestellten juristischen Person des öffentlichen Rechts. Sie verhilft der französischen Post zu günstigeren Finanzierungsbedingungen als ihren Konkurrenten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1572&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Vorauswahl für Unternehmerpreise mit Projekten aus DE und AT

Im Rahmen des Wettbewerbs „European Enterprise Awards 2007“, bei dem öffentliche Initiativen zur Förderung des Unternehmertums ausgezeichnet werden, wurden 13 Kandidaten in die engere Wahl gezogen. Die Ergebnisse werden am 06.12. bei einem Festakt in Porto bekannt gegeben. Aus Deutschland sind ein Verband von 21 kleinen Orten aus **Niederbayern** in der Kategorie Unternehmensgründungen (XperRegio, Arnstorf, www.xper-regio.de) und das Schüler-Institut für Technik und angewandte Informatik (SITI) aus Havelberg (**Sachsen-Anhalt**, www.siti.de) für den Bereich Unternehmensgeist in ländlichen Schulen in der Vorauswahl. Aus **Oberösterreich** sind die Linzer CATT Innovation Management GmbH (www.tim.at) in der Kategorie Beseitigung von Hindernissen und aus dem **Burgenland** die Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See (www.burgenland.gv.at) in der Kategorie Bürokratieabbau dabei.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1589&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Unternehmensregister für statistische Verwendungszwecke gebilligt

Das EP hat lediglich zwei Änderungen am gemeinsamen Standpunkt des Ministerrates vorgenommen. Nach dem Vorschlag sollen alle Unternehmen, die eine zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beitragende wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, ihre örtlichen Einheiten und die entsprechenden rechtlichen Einheiten obligatorisch erfasst werden (bei einigen Wirtschaftszweigen ist die Erfassung nach der derzeit geltenden Fassung der Verordnung fakultativ). Finanzielle Beziehungen und Unternehmensgruppen müssen erfasst werden, sowie Daten über multinationale Gruppen und die sie konstituierenden Einheiten müssen zwischen den Ländern und Eurostat ausgetauscht werden.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-12360-295-10-43-907-20071024IPR12338-22-10-2007-2007-false/default_de.htm

b) Energie

1. Energiepakete hat höchste Priorität für portugiesische Rats-Präsidentschaft

EU-Kommissar Andris Piebalgs traf am 24.10. den portugiesischen Wirtschafts- und Energieminister Manuel Pinho, um im Vorfeld des Rates „Energie“ am 03.12. die wichtigsten Energiethemen zu erörtern. Im Mittelpunkt des Dialogs standen das dritte Maßnahmenpaket für den Energiebinnenmarkt, der für Ende November geplante europäische Strategieplan für Energietechnologie und das Maßnahmenpaket in den Bereichen erneuerbare Energien und Klimaschutz, das Anfang des nächsten Jahres angenommen werden soll. Minister Pinho und Kommissar Piebalgs teilten die Auffassung, dass dem am 19.09. von der Kommission verabschiedeten Binnenmarktpaket höchste Priorität eingeräumt werden wird

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1594&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Öl, Ergas, Kohle und Kernenergie: unentbehrlich für die Energieversorgung

Das Europäische Parlament fordert, die Versorgungssicherheit der EU langfristig zu garantieren. Bis 2030 werde die Abhängigkeit der EU von fossilen Energieträgern auf 65% steigen. Deshalb sei auch die Kernenergie für "die Gewährleistung der Grundlast mittelfristig in Europa unverzichtbar", insbesondere um die "ambitionierten Ziele" zur Bekämpfung des Klimawandels zu erreichen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/051-12037-295-10-43-909-20071019IPR11930-22-10-2007-2007-false/default_de.htm

c) Währung und Finanzen

Abnahme der öffentlichen Defizite – Zunahme des Schuldenstandes in EU

Im Jahr 2006 hat sich das Niveau des öffentlichen Defizits sowohl in der Eurozone (EZ13) als auch in der EU27 im Vergleich zu 2005 verringert, während der öffentliche Schuldenstand im Betrag gestiegen ist. Gemessen am BIP hat sich das öffentliche Defizit für die Eurozone von 2,5% des BIP im Jahr 2005 auf 1,5% im Jahr 2006 verringert, in der EU27 ist es von 2,4% auf 1,6% zurückgegangen. Der öffentliche Schuldenstand gemessen im Verhältnis zum BIP ist in der Eurozone von 70,3% (Ende 2005) auf 68,6% (Ende 2006) gefallen, und in der EU27 von 62,7% auf 61,4%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/07/142&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Kommission setzt ihre Kompetenzen im Umweltstrafrecht durch

Auf ihren Antrag erklärte der Europäische Gerichtshof den allein vom Rat erlassenen Rahmenbeschluss zur Verstärkung des strafrechtlichen Rahmens zur Bekämpfung der Verschmutzung durch Schiffe für nichtig, weil er außerhalb des gemeinschaftsrechtlichen Rahmens erlassen wurde. Wie die Kommission sah der Gerichtshof eine Rechtsgrundlage der Gemeinschaft in der gemeinsamen Verkehrspolitik. Strafrecht und Strafprozessrecht fielen zwar grundsätzlich nicht in die Zuständigkeit der Gemeinschaft, doch könnten die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, strafrechtliche Sanktionen zu verhängen, um die volle Wirksamkeit der von der EU im Bereich des Umweltschutzes erlassenen Rechtsnormen zu gewährleisten

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-440/05>

3. EP unterstützt Rechtsvorschlag zur Bewährungsüberwachung in der EU

Das Parlament äußerte sich zu den Möglichkeiten, Verurteilten die Möglichkeit zu verschaffen, Bewährungsauflagen in einem anderen Mitgliedstaat und alternativen Sanktionen und

Verurteilungen nachzukommen sowie zur gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafsachen, durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängt wird, für die Zwecke ihrer Vollstreckung in der EU.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/019-12359-295-10-43-902-20071024IPR12337-22-10-2007-2007-false/default_de.htm

b) Inneres

Deutschland bei Ausländerintegration Durchschnitt, Österreich am Schluss

Nach dem vom Brüsseler Think Tank „Migrant Policy Group“ mit Fördermitteln der EU-Kommission erstellten Index zur Bestimmung der Integration von Migranten (MIPEX) in der EU (EU25, ohne Rumänien und Bulgarien), Norwegen, der Schweiz und Kanada liegen Schweden, Portugal und Belgien an der Spitze, Deutschland erreicht den Durchschnittswert der EU-Staaten, während Österreich, Zypern und Lettland die niedrigste Punktzahl aufweisen. Kriterien waren Zugang zum Arbeitsmarkt, Familienzusammenführung, langfristiges Aufenthaltsrecht, politische Teilhabe, Möglichkeit, die Staatsangehörigkeit zu erwerben und Schutz vor Rassismus und Diskriminierung.

<http://www.integrationindex.eu/findings/>

VIII. Umwelt

1. Besserer Schutz vor besonders giftigen Pestiziden

Nach dem Beschluss des Europäischen Parlaments sollen bestimmte Wirkstoffe verboten, besonders gefährdete Personengruppen besser geschützt und Sprühverbotszonen geschaffen werden, u.a. in Wohngebieten, Parks und auf Spielplätzen. In nationalen Aktionsplänen sollen "quantitative Verringerungsziele" für den Pestizideinsatz festgelegt werden. Abgelehnt wurde die Forderung des Umweltausschusses nach Reduzierung aller Pflanzenschutzmittel um 50% innerhalb von 10 Jahren.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-12036-295-10-43-911-20071019IPR11929-22-10-2007-2007-false/default_de.htm

2. Deutsche Änderungsvorschläge zu Emissionszertifikaten gebilligt

Deutschland schlug unter anderem vor, die Gesamthöchstzahl von zertifizierten Emissionsreduktionen (CER) und Emissionsreduktionseinheiten (ERU), die von den Betreibern im Rahmen des EU-Systems verwendet werden dürfen, auf 20 % anzuheben. Diese Zahl, ausgedrückt als ein Prozentsatz von 22 % der jeder Anlage kostenlos zugeteilten Zertifikate, wurde von der Kommission genehmigt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1612&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IX. Verkehr

Neue Regeln für Luftverkehrsmanagementsystem

Am 26.10. beschloss die EU-Kommission neue Vorschriften für die Interoperabilität zwischen „air traffic management (ATM) systems“ in Europa. Hierdurch werden gemeinsame technische Normen und Verfahrensregeln eingeführt, um den ATM-Einsatz im Einklang mit dem Ziel eines „Single European Sky“ zu harmonisieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1616&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

X. Medien und Informationsgesellschaft

Übertragungspflichten („must carry“) für Kabelbetreiber rechtens

Zu diesem Ergebnis kam Generalanwalt Poiares Maduro in seinen Schlussfolgerungen vor dem Europäischen Gerichtshof im Rechtsstreit eines Rundfunkunternehmens in Brüssel. Es widerspreche nicht dem Grundsatz der Dienstleistungsfreiheit in der EU, Auflagen zugunsten von lokalen und überregionalen Informationen sowie zu Programmen zur Förderung des kulturellen Erbes sicherzustellen. Diese Maßnahmen dürften jedoch nicht unverhältnismäßig sein und ihre Anwendung dürfe nicht zur Diskriminierung von Dienstleistern mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten führen.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

XI. Bildung, Forschung, Kultur

1. Europäischer Qualifikationsrahmen fördert Mobilität

Das Europäische Parlament hat der Empfehlung der Kommission über die Einrichtung eines Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen (EQR) bis 2012 zugestimmt. Mit acht Referenzniveaus, die das ganze Spektrum zwischen Grundkenntnissen bis hin zu Spitzenqualifikationen abdecken wird beschrieben, welche Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen die Lernenden haben, unabhängig davon, wo diese Qualifikationen erworben wurden. Damit können die Anforderungen am Arbeitsmarkt (Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen) und das Aus- und Weiterbildungsangebot aufeinander abgestimmt, nicht formales und informelles Lernen validiert und Qualifikationen unterschiedlicher Länder vergleichbar gemacht werden. Der Rat muss noch förmlich zustimmen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/038-12158-295-10-43-906-20071023IPR12112-22-10-2007-2007-false/default_de.htm

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0463+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Bundesrepublik muss Auslands-Bafög ab erstem Semester gewähren

Auf Klage einer deutschen Studentin in Großbritannien und einer im deutschen Grenzraum lebenden Studentin die in den Niederlanden studiert entschied der Europäische Gerichtshof, dass die doppelte Voraussetzung für die Ausbildungsförderung, eine mindestens einjährige Ausbildung in Deutschland absolviert zu haben und ausschließlich diese Ausbildung in einem anderen Mitgliedstaat fortzusetzen, geeignet sei, Unionsbürger vom Verlassen Deutschlands abzuhalten, um einer Ausbildung in einem anderen Mitgliedstaat nachzugehen. Sie stelle daher eine Beschränkung der Freizügigkeit der Unionsbürger dar

<http://www.curia.europa.eu/de/actu/communiqués/cp07/aff/cp070077de.pdf>

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-11/06>

XII. Sonstiges

1. Kommission unterstützt Ausstellung über 50 Jahre europäische Geschichte

„It's our history“, eine Ausstellung anlässlich des 50. Jahrestags der Römischen Verträge, öffnet am 25.10. ihre Türen im Tour&Taxis-Gebäude in Brüssel. Die Ausstellung wurde vom Europamuseum konzipiert und erzählt die Geschichte der Veränderungen, die Europa von der Nachkriegszerstörung bis zur heutigen interkulturellen Herausforderung geprägt haben. Sie wird von der Europäischen Kommission mit 1 Mio. EUR bezuschusst und ist Teil der Feiern zum Jubiläumsjahr der EU. „It's our history“ dauert bis zum 23. März 2008.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1588&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Kommissarin Danuta Hübner auf URBAN/URBACT-Konferenz in Berlin

URBACT – das Netzwerk für europaweiten Erfahrungsaustausch ist Teil des URBAN-Programms zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Auf der Konferenz am 05.11. werden Experten aus ganz Europa darüber diskutieren, wie städtische Angelegenheiten auf die europäische politische Agenda gekommen sind bzw. kommen können. EU-Kommissarin Hübner wird die Eröffnungsrede halten.

http://urbact.eu/news-events/focus-on/single-news/article/urbact-urban-conference-berlin-november-4th-5th-6th-2007.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=54&cHash=359b591e7b

3. Verleihung der Goldenen Sterne an zehn Bürgerprojekte in Europa

Das diesjährige Bürgerforum Europa befasst sich speziell mit interkulturellem Dialog. Als Höhepunkt der Veranstaltung am 08.11. in Brüssel werden zehn besondere Projekte aus der Zivilgesellschaft mit dem Goldenen Stern ausgezeichnet. Deutsche Projekte sind das Netzwerk Migration in Europa (Berlin, www.network-migration.org) und die Europawoche Hennef (NW). Deutsche Kommunen sind an weiteren Projekten beteiligt, so Besigheim (BW), Adendorf (NI) und Schönwalde (BB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1359&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>